



LEBENSMITTELVERBAND

Deutschland

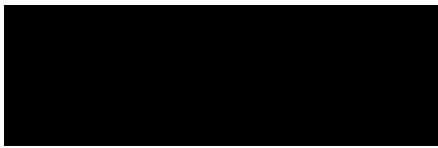
wenig Zucker und ohne Zucker, aus denen die Verbraucherinnen und Verbraucher eigenverantwortlich auswählen können.

Eine Zuckersteuer ist deshalb gerade mit Blick auf ein solch breites Sortiment immer mit alternativen Maßnahmen abzuwägen. Ein paternalistischer Eingriff in die Konsumentensouveränität braucht den Nachweis, dass der Verbraucherschutz mit anderen Maßnahmen nicht erreicht werden kann. In Deutschland gibt es bereits viele Aktivitäten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, die sich auf Präventions- und Interventionsmaßnahmen zur Reduktion von Übergewicht und Adipositas, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, konzentrieren. Die mit den letzten bundesweit repräsentativen Daten zur Entwicklung der Prävalenz von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen festgestellte Stagnation der Prävalenzen deutet daraufhin, dass mit diesen Maßnahmen bereits Erfolge erzielt worden sind. Diese Ansätze sollten daher weiterverfolgt werden.

Darüber hinaus möchten wir Sie auf das Gutachten von Frau Dr. Katharina Schüller aufmerksam machen (siehe Anlage). Die Analyse „Statistisch-methodische Bewertung von Modellierungsstudien zu den Effekten einer Zuckersteuer“ setzt sich ausführlich mit der wissenschaftlichen Evidenz zu Zuckerabgaben auseinander und zeigt auf, dass die häufig behaupteten Wirkungen auf Gesundheitsindikatoren keineswegs so eindeutig belegt sind, wie dies in der politischen Debatte oftmals dargestellt wird.

Ebenfalls fügen wir Ihnen in der Anlage das gemeinsame Verbändestatement zur Thematik mit Blick auf den Antrag des Landes Schleswig-Holstein im Bundesrat bei. Wir stehen Ihnen für einen direkten Sachaustausch gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Kopie:

